

Correspondent

Erscheint
Mittwochs u. Sonnabends.

Sämmtliche Postanstalten
nehmen
Bestellungen an.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich 10 Sgr.
= 35 Kr. rh. = 50 Nkr. öst.

Inserate
pro Spaltzeile 1/2 Sgr.

N^o 47.

Mittwoch, den 17. Juni 1874.

12. Jahrgang.

Verbandsnachrichten.

Die Ausschüßsitzungen am 14. Mai und 4. Juni beschäftigten sich theils mit Vorarbeiten zum Buchdruckerstage, theils mit inneren Verwaltungsangelegenheiten, die für weitere Kreise kein Interesse haben.

In **Nachen, Berlin** (Schriftgießereien), **Cassel** und **Eöln** ist die Bezahlung eine ungenügende.

Altbayern. Durch einstimmigen Beschluß der Delegirten des Gantages in Regensburg wurde der Wochenbeitrag zur altbayerischen Gauverbands-Krankenkasse auf 8 Kr. vom 1. Juni an provisorisch festgesetzt. Motive siehe im Bericht. Die Herren Ortskassirer werden bei Einbringung der Beiträge um Berücksichtigung dieses Beschlusses gebeten. — Zum Buchdruckerstag wurde von 173 abgegebenen Stimmen der Gauvorsitzer Kiefer mit 166 und als Ersatzmann Herr Ernst mit 169 Stimmen gewählt.

Erzgebirge. Der Vorstand des Gauverbandes besteht am Vorort Chemnitz aus: Nob. Reichert, Vorst. (Freie Presse, Poststr.), Heur. Ueberwasser, Kassirer (Büchsenhahn's Officin, Theaterstr.), G. Lippold, Vorst., und Adolph Hofmann, Kassirer der Unterstützungskassen (Beide Büchsenhahn's Officin). — Bei der am 13. d. M. durch die Wahlcommission erfolgten Auszählung der Stimmzettel für den Delegirten zum Buchdruckerstag fielen von 102 eingegangenen Stimmen 53 auf Herrn Maschinenmeister Robert Reichert, 49 auf Herrn Adolph Hofmann, und ist Ersterer somit als gewählt zu betrachten.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Bei der heute stattgehabten Wahl wurden die Herren Hermann Schradler mit 169 und Wilhelm Schmidt mit 152 Stimmen zu Delegirten gewählt. Weitere Stimmen erhielten die Herren Lammerdorf 60, Fried 29 etc. Stimmberichtig waren 234; abgegebene gültige Stimmzettel 214 (absolute Majorität 108), ungültig 2, Wahlenthaltung 5, abwesend 7, nicht zurückgeschickt 6.

Stah i/Schl. Conditionsanerbietungen an hiesigen Orte sind mit Vorsicht aufzunehmen, da Verlegung des Tarifs erfolgt ist. Hierfür wird bis jetzt nur 5 Thlr. gewisses Geld gezahlt bei eiffländiger Arbeitszeit. (Unser Ortsverein batirt vom 1. April d. J. im Anschluß an Breslau.)

Kaiserslautern. Nach Mittheilung mehrerer Collegen der H. v. H. r'schen Buchdruckerei wird dasselbst der Normaltarif bezahlt, und wurde diese Buchdruckerei für Verbandsmitglieder wieder geöffnet.

Hinterpommern. Der diesjährige Delegirtenstag findet Sonntag, den 26. Juli, statt. Etwasige Anträge sind bis spätestens Montag, den 6. Juli, an H. v. H. r'schen Buchdruckerei, einzusenden.

Pommern. Die Wahl eines Delegirten zum vierten deutschen Buchdruckerstage hat folgendes Resultat ergeben: Von 77 eingegangenen Stimmzetteln (der Gau zählt gegenwärtig 86 Mitglieder) erhielt Herr Adolf Wely-Stettin 68 Stimmen, die übrigen Stimmen zerstückelten sich. Herr Wely ist somit zum Vertreter des Gau's Pommern auf dem Buchdruckerstage gewählt. — Da spätestens mit dem 1. October o. der Normaltarif in den Provinzialstädten Pommerns eingeführt werden soll, so wird gebeten, schon jetzt Conditionsanerbietungen, namentlich nach Hinterpommern, mit Vorsicht aufzunehmen. Für Hinterpommern speciell wolle man sich vorher an den Buchdrucker Herrn Guntzeit in Stolp wenden.

Posen. Als Delegirter zum vierten deutschen Buchdruckerstage für den Posen-Weichsel-Nebe-Gau ist College Fingert in Posen mit 71 Stimmen gewählt worden. Abgegeben wurden im Gauzen 77 Stimmen. — Am 7. Juni fand die statutenmäßige Neuwahl des Vorstandes in Posen statt. Derselbe constituirte sich

aus den Herren Dietlein als Vorsitzender, Albert Schmidt als Rentant, Scholz als Schriftführer, Wittig als Bibliothekar und Wolf als Stellvertreter. Alle Briefe und Sendungen sind von nun an unter der Adresse Dietlein, Decker'sche Hofbuchdruckerei, abzuschicken.

Schwaben-Neuburg. Bei der am 9. Juni zwischen den Herren Dachert und Tauscher vorgenommenen Stichwahl erhielt Herr Albert Dachert von 104 abgegebenen Stimmen 91, Herr Tauscher 6, während 7 Stimmzettel ungültig waren. — Bei dem ersten Wahlgange erhielt von 106 abgegebenen Stimmen Herr Dachert 52 und Herr Tauscher 41, somit fehlten Herrn Dachert zur absoluten Majorität 2 Stimmen. — Gemäß Eingangs erwähntem Wahlbericht ist Herr Albert Dachert, Seher aus Augsburg, als Delegirter gewählt. Als Ersatzmann hätte in erster Linie Herr J. Winholz, Seher aus Augsburg, zu fungiren. — Den Herren Wählern der Provinz zur Notiz, daß der Gauvorstand eines nahe bevorstehenden Familienereignisses wegen die Annahme der Wahl ablehnen mußte.

Stuttgart. Wegen fortgesetzter Krankheit des Kassirers der Baticumskasse wird die Anweisung zum Baticum bis auf Weiteres ausgestellt von Herrn Friedrich Neß, Vereinsbuchdrucker, woselbst auch dasselbe durch Herrn Friedrich Knöbler ausbezahlt wird.

Thüringen. Der Gantag findet Sonntag, den 2. August, in Naumburg statt. Anträge zu demselben wolle man vier Wochen vorher, bis zum 7. Juli, an den derzeitigen Vorsitzenden L. Kauchbach einreichen. Die Delegation der Ortsvereine erfolgt durch einen Deputirten, welcher in Vertretung bis zu 15 Mitgliedern 1 Stimme, bis zu 30 Mitgliedern 2 Stimmen, bei über 30 Mitgliedern 3 Stimmen führt. Mühlhausen hat sich mit Langensalza über die Wahl eines Deputirten zu einigen. Weiteres später. — Als Delegirter für den vierten deutschen Buchdruckerstag in Dresden wurde Herr Adolf Kraßmann in Weimar mit 124 Stimmen gewählt. — Wahlergebnisse fehlen von den Orten Rudolstadt und Eisenach.

Mittelrhein, 1. Qu. 1874. Es steuerten 456 Mitgl. in 19 Orten. Neu eingetreten sind 5, wieder eingetreten 2 (in Ludwigshafen: M. v. Dheim und G. Schwab), zugereist 45, abgereist 32, ausgetreten 3 (in Würzburg: Ferd. Rudolph, Dr. aus Neustadt a/Misch, Alois Schnauser und Adam Seibert, S. aus Würzburg), ausgeschlossen 2 (in Würzburg: Joh. Waldenrat h aus Eöln zu Schweinfurt, Joh. Volkhammer aus Ratibor zu Mellrichstadt), gestorben 1 Mitglied (in Mannheim: Ludw. Bürt).

Westfalen, 1. Qu. 1874. Es steuerten 182 Mitglieder (worunter 15 Mitglieder vom 4. Qu. 1873 hier verednet sind, s. „Corr.“ Nr. 16) in 10 Ortsvereinen. Neu eingetreten sind 7, zugereist 40, abgereist 39, ausgetreten 3 (Carl Dallmeyer, Maschinenmeister aus Dsnabrück, welcher seit seiner Entlassung vom Militair [October 1873] keine Beiträge mehr entrichtete, Herm. Hoffmann, S. aus Biegnitz, mit Neß, und Otto Welle, S. aus Siegen), ausgeschlossen 1 Mitglied (Franz Lehmann, Seher aus Frankfurt a/D., ein entlaufener Lehrling, der unter betrügerischer Angabe vom Ortsverein Herde irrthümlicher Weise aufgenommen wurde), gestorben Fritz Heyden, S. aus Neu-Brandenburg, zuletzt in Detmold conditionirend.

Rundschau.

Der Vorstand des schweizerischen Principalvereins hat den Entwurf eines schweizerischen Normaltarifs aufgestellt. Wir geben im Nachstehenden die Abweichungen vom deutschen Normaltarif: In jeder

Ortschaft wird der Satzpreis pro 1000 Buchstaben Petit (8-Punkt) vereinbart, welcher Preis zugleich für 9- und 10-Punkt-Schrift gilt, während für 4- und 5-Punkt-Schrift 50 Proc., für 6- und 7-Punkt-Schrift 12 1/2 Proc., für 12- und 14-Punkt-Schrift 10 Proc. mehr bezahlt werden. Der Aufschlag für Antiqua ist gestrichen. Für Französisch, Englisch, Italienisch und Lateinisch soll: nur 10 Proc., für Spanisch, Portugiesisch, Holländisch, Polnisch, Scandinavisch, Schweizerdeutsch, Alt- und Plattdeutsch 20 Proc., für Griechisch und Russisch 50 Proc. Aufschlag gezahlt werden, für „Romanisch“ 20 Proc., was nicht recht verständlich, da die vier romanischen Sprachen schon oben, zwei davon mit 10 Proc., aufgeführt sind. — Jedes Stück Durchschuß zählt für 1 Buchstaben, Achselpetit-Durchschuß und Negletten sind nicht erwähnt. — Mathematischer Satz wird nach Uebereinkunft bezahlt. — Die Procentsätze beim Ziffernsatz sind auf 5, resp. 10 Proc. reducirt. — Spatiirter Satz wird nur dann doppelt bezahlt, wenn er mehr als den 16. Theil des Bogens einnimmt, in Zeitungen nur ganze Zeilen. — Bei Poesie werden über- und untergeschlossene Zeilen und schmales Format nicht entschädigt. — Satz mit Dritteln geordnet etc. ist gestrichen. — Marginalien sollen bis zu 4 Cicero Breite durchgehend berechnet werden. — Musiknotenatz, Text unbegriffen, pro 1000 Notengevierte nicht niedriger als 1000 Petitbuchstaben. — Bei kleinerer Schriftgattung ist der zweite Satz gestrichen. — Für das schmale Format wird bezahlt bei 38-40 Buchstaben 1 Buchstabe, bei 35-37 Buchst. 2, bei 32-34 3, bei 29-31 Buchst. pro Zeile 4 Buchstaben mehr u. s. w. — Das Umbrechen wird bei Folio mit 2000, bei Quart mit 3000, bei Octav mit 4000 Buchstaben der vorhergehenden Schriftgattung vergütet. Von den übrigen Formaten, vom gespaltenen Satz und schwierigen Umbrechen schweigt der Tarif. — Zu § 22 (Correcturen) ist die Entschädigung für das Ein- und Ausschließen zum Druck und das Auflösen gestrichen, ferner die ausdrückliche Erwähnung der zweiten Correctur. — § 25 (Gypsstereotypie), § 26 (Zusammenfügen von Material etc.), § 27 (unsystematisches Material) und § 28 (Ausräumen etc.) ist gestrichen, dagegen wird dem Seher zugemutet, nach Beendigung eines Werkes 2 Bogen aufzuräumen. — Vom Zeitungsatz ist keine Rede. — Ueberstunden werden mit 30 Proc., an Sonn- und Festtagen mit 60 Proc. des Durchschnittsverdienstes bezahlt. — Tarifstreitigkeiten sollen durch Ortschiedsgerichte entschieden werden. — Gültigkeit des Tarifs 2 Jahre. — Dieselbe Nummer der „Mittheilungen für den Verein schweizerischer Buchdruckereibesitzer“, der wir den vorstehenden Auszug entnehmen, enthält eine wahre und wahrhaftige Geschichte der großen Aussperrung, so da geschähen in Deutschland im Jahre 1873. Eine Darstellung der darin enthaltenen Unrichtigkeiten hatten wir für gegenstandslos.

Die Vorgesprechung eines Artikels des Wiener „Vorwärts“, die Ausschlußfrage innerhalb des Verbandes betr., benutzen die „Annalen“ zu einer Art Kriegserklärung. Es heißt da u. A.: „Beabsichtigt der bevorstehende Buchdruckerstag, offen zu zeigen, daß er den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung tragen will, dann wird er sich gefallen lassen müssen, daß Mittel versucht werden, seine Macht zu brechen.“ — Ferner beklagen sich die „Annalen“ über ein „unrichtiges“ Citat des „Corr.“. Einer unserer Mitarbeiter habe gesagt, daß „unser Principale“ sich wegen des Contracdruckes an den Reichstag wenden wollten, während doch nur Einer den Antrag gestellt, welcher nicht einmal unterstützt worden sei. Abgesehen davon, daß wir in unserm Bericht über die Generalversammlung den Thatbestand veröffentlicht, so müssen wir das genannte Blatt doch noch darauf aufmerksam machen, daß es schon zu wiederholten Malen die Aeußerungen Einzelner als den Meinungsaußdruck

„des Verbandes“ ihren Lesern mitgeteilt. — Ferner empfiehlt das genannte Blatt den Berliner Kollegen, im allgemeinen Interesse unterzuchen zu lassen, ob die Bitte, „jeden Zugang zu vermeiden“, wol gefällig sei! Bei dieser Gelegenheit könnte vielleicht zugleich mit unterzucht werden, ob auf das Verfahren eines Theiles der Berliner Principale nicht § 263 des Strafgesetzbuchs angewendet werden kann.

Wie die „Annalen“ mittheilen, beabsichtigt Herr Franz Dunder in Berlin, Zeitungs-Unternehmern in kleinen Städten die nöthige Auflage einer Zeitung von vier Seiten in klein Folio sechs Mal wöchentlich für den Preis von 12 $\frac{1}{2}$ Gr. pro Exemplar und Quartal zu liefern. Die 4. Seite wird freigelassen behufs Ausfüllung mit Localnotizen, Inseraten etc., und der Titel nach Wunsch aufgedruckt. Da hätten wir denn eine recht angenehme Ergänzung der Replikien-pressen.

Der preussische Handelsminister hat die Behörden angewiesen, bis zur gesetzlichen Regelung des gesammten gewerblichen Unterstützungs-Kassenwesens von den bisherigen gesetzlichen Vorschriften nur so weit Gebrauch zu machen, als erforderlich ist, um die der Aufsicht und Pflege der Regierung anvertrauten Kassen bis zum Erlasse des neuen Gesetzes in ungeschmälertem Bestande zu erhalten, von einem weiteren Vorgehen der Verwaltungsbehörden gegen die staatlich nicht genehmigten freien Hilfskassen aber abzusehen. Dagegen soll nicht zugelassen werden, daß gegenwärtige Mitglieder der sogenannten Zwangskassen aus denselben unter Berufung auf ihren Eintritt in eine sog. freie Kasse austreten, oder daß solche Arbeiter, für welche die Verpflichtung zum Eintritt in eine Zwangskasse wirksam wird, sich dieser Verpflichtung durch ihren erst jetzt erfolgenden Eintritt in eine freie Kasse entziehen. Ebenso soll der Neubildung staatlich nicht genehmigter Kassen, welche an die Stelle bestehender Zwangskassen zu treten bestimmt oder auf solche Kategorien von Arbeitern berechnet sind, für die in dem fraglichen Bezirke Zwangskassen in Wirksamkeit stehen, kein Vorbehalt geleistet werden.

Im Reichskanzleramt ist man gegenwärtig mit den Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf über die gewerblichen Hilfs- und Unterstützungs-Kassen beschäftigt und ist gegriindete Ansicht, daß das außerordentlich umfangreiche und schwierige Material noch in diesem Sommer soweit bewältigt wird, um bereits dem nächsten Reichstage eine dahin gehende Vorlage zugehen zu lassen.

Eine Anzahl Industrieller Berlins beabsichtigt, chinesische Arbeiter zu importiren, um billigere Lohnsätze zu erzielen. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt dazu: „Die Herren sollten sich doch die Verantwortlichkeit klar machen, die sie mit solchem Heranziehen fremder, mit den hiesigen Verhältnissen völlig unbekannter Arbeiter gegen letztere übernehmen. Dieselbe ist unstreitig, wenn sie in ganzer Bedeutung übernommen werden will, schwerer zu tragen, als die aus den hiesigen Arbeitsverhältnissen erwachsenden Uebelstände.“

Die Kohlenrubenbesitzer in Süd-Yorkshire und North-Yorkshire setzen die beabsichtigte Lohnreduktion von 12 $\frac{1}{2}$ auf 10 Proc. herab, was die Arbeiter ebenfalls ablehnten. Infolge dessen soll die Arbeit in den Gruben eingestellt und 24,000 Arbeiter an die Luft gesetzt werden.

Der Congress der socialdemokratischen Partei findet vom 18.—21. Juli in Coburg statt.

In Koslau (Oberschlesien) löste der Bürgermeister mehre Versammlungen des katholischen Lesevereins auf, weil Vorträge in polnischer Sprache gehalten wurden, die er nicht verstehe. Eine erhobene Anklage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt wurde abgewiesen. Aufge löst in Adnigsberg eine Volksversammlung, weil sie eine Fortsetzung des polizeilich aufgelösten social-demokratischen Vereins sei.

Die in voriger Nummer erwähnten Haus-suchungen dehnten sich auf Mitglieder der socialdemokratischen Partei in Berlin und Luckenwalde, sowie auf die Vorsitzende des Berliner Arbeiter-Frauen- und Mädchenvereins aus. Das officiële „Preuß. Volksblatt“ kündigt strenge Regierungsmaßregeln gegen die Ultramontanen und Socialdemokraten an, die man nicht als berechtigte politische Parteien, sondern als Revolutionäre und Umstürzler betrachten müsse.

Die in Dresden von der Polizei ausgewiesenen zwei Redactoren der „Dresdener Presse“ haben gegen den betr. Ufasc Recurs erhoben und zwar mit Erfolg. Verurtheilt in Nowawes der Socialdemokrat Gerstenberg in zweiter Instanz zu 2 (statt 5) Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung.

Correspondenzen.

* **Baugen**, 10. Juni. Anknüpfend an die Notiz betreffs des Seckers R. Hoepner aus Breslau diene Folgendes: Derselbe kam am 19. Mai hier zugereist und nahm Condition als „Maschinenmeister“. Erzobdem ließ er sich das Baticum, welches hier auch an Nichtverwandter verabreicht wird, auszahlen. Nach

Verbandsmitgliedschaft befragt, meinte er, er sei früher dabei gewesen, aber wieder ausgetreten, weil er vom Verbands nichts halte. Daß er dieser seiner Gesinnung treu blieb, hat er gleich glänzend bewiesen. Nach zweifündiger Arbeit war er am kommenden Morgen mit Vorbehalt in der Richtung nach Bischofswerda ver-buffet. Der geprellte Principal setzte ihn per Bahn nach und ließ ihn, als er dort ankam, auf der Straße arretiren. Auf der Polizei wurde ihm Heimatschein und Reisetasche mit Beschlagnahme belegt mit dem Beudeuten, solche in Baugen durch Abarbeiten des Vorbehalt wieder einzulösen. „Hans Urian“ kam Dem aber nicht nach; er „that das Reisen wählen“.

Berlin, 12. Juni. Seit etwa einem Jahre sind in diesem Blatte die Angelegenheiten der Drucker und Maschinenmeister besprochen worden wie noch nie zuvor. Wobor nun auf einmal dieses Interesse kam und zu welchem Zwecke diese Besprechung stattgefunden, will Schreiber dieses versuchen, mit kurzen Worten klar zu legen, gezwungen durch die Abweisung der Anträge aus Nürnberg von den Vereinen Hamburg, Leipzig und Frankfurt a/M., woraus zu ersehen, daß die letzteren kein klares Bild von der Section hatten. Nachdem der deutsche Normaltarif eingeführt und daraus zu ersehen war, daß die Drucker und Maschinenmeister auch nicht mit einer Silbe darin erwähnt, obwohl eine ziemliche Anzahl noch dem Verbands angehört und ihren Pflichten ebenso nachgekommen war, wie jedes andere Mitglied, blieb denselben nichts Anderes übrig, als die Deffentlichkeit zu betreten und zu versuchen, das verloren gegangene Recht wieder zu erlangen. Daß aber die Besprechung allein uns nichts nützen werde, wenn wir nicht zugleich eine Vereinigung unter den Verbandsmitgliedern schafften, um einmützig in den Vereinen auftreten zu können, war uns bald klar. Es schloßen sich die Nürnberger Kollegen zuerst veranlaßt, durch einen Aufruf zu einer Vereinigung aufzufordern. Dieser Aufruf ist nicht unbeachtet geblieben, denn hieraus entsand die Maschinenmeister-Section, und zwar nur aus Verbandsmitgliedern, wie auch deutlich aus dem Sectionsstatut zu ersehen ist. Dieses verhielt in keiner Weise gegen das Verbandsstatut, wie Verschiedene glauben machen wollen. Die Section hat sich die Aufgabe gestellt, das Vereins- und Verbandsinteresse unter ihren Mitgliedern rege zu erhalten und die noch fern vom Verband stehenden Kollegen für denselben zu gewinnen. In unseren Sectionsversammlungen wollen wir die Angelegenheiten besprechen, welche nur Drucker und Maschinenmeister betreffen. Auf diese Weise glauben wir den Verband nicht zu schädigen, wie es die Hamburger Kollegen ausgesprochen, sondern wir wollen eine Stütze des Verbandes sein. Es ist ferner von den Hamburger Kollegen die Behauptung aufgestellt worden, daß die Drucker und Maschinenmeister in den allgemeinen Bestimmungen des Tarifs bedacht seien — dies muß ich entschieden zurückweisen. So lange an der Spitze des Tarifs steht: „Dieser Tarif gilt nur für den Satz“, kann man unmöglich aus dem Tarif etwas für den Druck herauslesen wollen. Daß dies nicht persönliche Auffassung ist, beweist nachstehender Auszug aus einem Briefe der Leipziger Kollegen, welcher mir im vorigen Jahre zugeht. Die Stelle lautet: „Da aber der Normaltarif gar nichts, was den geringsten Anhalt für uns bietet, enthält, so sind wir auf zufällige Auffassungsweise der einzelnen Parteien hingewiesen.“ Ich empfehle den Herren Delegirten, die Angelegenheiten der Section nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, denn damit würden sie zugleich den Austritt vieler Drucker und Maschinenmeister veranlaßt haben.

Chemnitz, 31. Mai. Am 10. Mai fand hier-selbst die Jahresversammlung des Erzgebirgischen Gauverbandes statt und waren hierzu als Delegirte erschienen die Herren G. Pluttig, A. Hofmann, R. Reichert, E. Rind aus Chemnitz, Vogel aus Plauen, W. Lind jr. aus Greiz, Walthar aus Grimnitzgau. Nachdem der Gauvorsteher die anwesenden Delegirten und übrigen Mitglieder im Namen des Verbandes bewillkommen hatte, trug derselbe den Bericht über das verflossene Verwaltungsjahr vor, in welchem er namentlich hervorhob, daß auch im Erzgebirge noch manches zu thun gewesen und noch zu thun übrig geblieben sei, um die Segnungen des Normaltarifs den Mitgliedern vollinhaltlich zu Theil werden zu lassen. Besonders sei dies in den kleineren Orten der Fall, wo man sich auf Seite der Herren Principale noch gar nicht an ein beartetes Gesetz, wie der Normaltarif, binden lassen wolle. Ferner gedachte derselbe in seinem Berichte der Productivgenossenschaften und erwähnte lebhaft die Betheiligung des Ortsvereins Chemnitz, sowie mehrerer Mitglieder in Grimnitzgau an der neugegründeten Genossenschaftsgesellschaft in Berlin. Ueber die speciellen Verhältnisse betreffs der Mitgliederzahl und der Steuern sagte der Bericht: Im abgelaufenen Verwaltungsjahre zählten 191 Mitglieder 2597 Wochen à $\frac{1}{2}$ Gr. und 2289 Wochen à 1 Gr. oder in 4886 Wochen 119 Tblr. 17 Gr. 5 Pf., was auf ein Mitglied im Durchschnitt 19 $\frac{1}{2}$ Gr. ordentliche Steuer auf's Jahr beträgt. Der

Wechsel in den einzelnen Quartalen war folgender: im 1. Quart. feuerten 115, im 2. 112, im 3. 111 und im 4. 123 Mitglieder in durchschnittlich 9 Orten. Davon waren neu eingetretten 33, zugereist 55, abgereist 68, ausgetreten 2 und wieder eingetretten 2. Die Einnahme incl. einiger Reste betrug 672 Tblr. 25 Gr. 4 Pf., die Ausgabe 617 Tblr. 23 Gr. 5 Pf., so daß ein Kassenbestand von 55 Tblr. 1 Gr. 9 Pf. verblieb.

— Punkt 3 der Tagesordnung, Verhätigung der Vorlagen zum Buchdrucker-tag, bildete den Hauptgegenstand, doch bewältigte man auch diesen in verhältnißmäßig kurzer Zeit, da in den einzelnen Ortsvereinen diese Vorlagen schon vollständig durchberathen waren. Ich will deshalb auch hier nur auf die Paragraphen näher eingehen, bei denen man eine Aenderung wünschte. Verbandsstatut § 15 wurde der Antrag gestellt und angenommen: „Der Buchdrucker-tag wird von drei zu drei Jahren einberufen.“ Man will deshalb bei dem alten Termin stehen bleiben, weil bisher die Praxis gelehrt hat, daß sehr wichtige Fragen auch ohne Buchdrucker-tag geregelt werden können und zweitens, wenn wirklich die Umstände es gebieten sollten, einen Buchdrucker-tag abzuhalten, so kann dies ohnehin noch geschehen. § 16. Den Schlußsatz will man so gefaßt haben: „In jedem Falle ist der motivirte Antrag den Gauvorständen zu unterbreiten. Zur Annahme desselben ist die Zustimmung der einfachen (nicht $\frac{3}{4}$) Majorität der letzteren erforderlich“, um dadurch die Einbringung eines außerordentlichen Buchdrucker-tages zu erleichtern. Bei §§ 24 und 25 machte sich die Ansicht geltend, daß durch die jetzige Fassung dem Ortsverein alle Rechte entzogen würden; nach kurzer Debatte jedoch, in welcher hervorgehoben wurde, daß dem Gauvorstande doch eigentlich nur die Bestätigung des Beschlusses des Ortsvereins obliege, wurde auch diesem Paragraphen zugestimmt. Bei § 27 wurde der Antrag aus Halle abgelehnt, der Antrag aus Chemnitz aber angenommen. Die Paragraphen 28, 29 u. 30 mit dem Antrag aus Halle wurden ebenfalls angenommen. Ebenso auch § 34 (Antrag aus Halle). Bei § 50 glaubte man, daß die Zahl von 15 Mitgliedern zur Bildung eines Ortsvereins etwas zu hoch gegriffen sei, da gerade im Erzgebirge nach dieser Reorganisation nur noch 2 Ortsvereine bestehen würden. Man schlug die Zahl 10 vor. Nach kurzer Debatte nahm man aber den § 50 nach der Vorlage an. — Ferner nahm man den Antrag aus Stuttgart an, betr. der staatlichen Anerkennung der Gewerksvereine. Den Antrag über Unterstützungs-Kassen aus Leipzig nahm man im Allgemeinen an, nur daß der 2. Satz heißen soll: „2. die Bildung neuer Unterstützungs-Kassen darf nur in solchen Gauverbänden vorgenommen werden, in denen noch gar keine Unterstützungs-Kassen für Verbandsmitglieder bestehen.“ Als Motiv hierzu möge erwähnt sein, daß vor Allen nothwendig ist, in allen Gauverbänden von den Gehilfen verwaltete, möglichst freiheitliche Kassen zu besitzen, ehe wir an eine Centralisation des Kassenwesens herantreten können. Um nun einen Schritt zur Einheit des Kassenwesens zu erzielen, erklärte man sich auch für den Antrag Medlenburg-Libef. Die Freizügigkeit möge dahin ausgebeugt werden, daß auch auf der Reise frank werdende Mitglieder, sobald sie sich über geleistete Beiträge ausweisen können, unterstützt werden und damit auch die gewisse Anzahl von Wochen verfallt, welche in manchen Kassen noch gesteuert werden müssen, ehe ein Zureicher Unterstüzung bekommen kann, ebenso die Gegenseitigkeit in Bezug auf die Steuerjahre in Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen erweitert werde.

— Der Antrag aus Baugen-Dresden-Freiburg wurde abgelehnt. — Betreffs der Verbandsinvalidenkasse sprach man den Wunsch aus, daß es dem vierten Buchdrucker-tage endlich gelingen möge, ein Statut für dieselbe definitiv festzustellen. Den hierbei von Neukruppin gestellten Antrag will man in folgender Fassung angenommen haben: „Vom 1. Juli d. J. ab wird der Beitritt zur Verbands-Invalidenkasse für alle Mitglieder des Verbandes, sofern sie aufnahmefähig sind und keiner auf Gegenseitigkeit beruhenden Invalidenkasse angehören, obligatorisch. Dagegen bleibt es den Mitgliedern auch unbenommen, zwei Invalidenkassen anzugehören.“ Der Nachsatz sei zu streichen. Zu dem Antrage Hamburg-Altona's betreffs des Baticums übergeben, nahm man zwar denselben an hoc an, sprach sich jedoch dahin aus, daß es vorerst innerhalb der Gauverbände versucht werden möge, um dann mit den gemachten Erfahrungen an eine Centralisation zu gehen. Die folgenden Anträge aus Freiburg und Rudolstadt wurden abgelehnt. — Der Antrag aus Berlin über eine Kasse für Conditio-nallose wurde angenommen. Auch hierbei gab sich die Ansicht kund, ob es nicht gerathener erschiene, diese Kasse auch erst innerhalb der Gauverbände zu errichten. Doch verhehlte man sich auch nicht, daß bei einer Ausdehnung dieser Kasse auf den ganzen Verband das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe besser innegehalten werden würde, als wenn sie nur auf die Gauverbände sich erstreckte, denn hierbei würde es vor-kommen, daß einzelne Gaue zeitweilig gar keine Con-ditionallösen, andere wieder kaum genug Fonds zur

Unterstützung haben würden. Auch wurde noch erwähnt, daß sehr bald § 3 des bezügl. Antrags eine Erhöhung erfahren würde. — Bei Tarif-Angelegenheiten empfahl man den unter 1. und 2. ausgeführten Antrag aus Berlin dem Buchdruckerstag zur Annahme, für den Fall der Annahme von 2. aber, die Normativbestimmungen der Maschinenmeisterfection nicht in's Verbandsstatut aufzunehmen. In Betreff der Nacharbeit möge man Schritte thun, daß dieselbe möglichst beschränkt werde, da ein gänzliches Aufheben derselben jetzt noch nicht erreichbar erscheint. — Zur Productivgenossenschaftsfrage erklärte man sich einstimmig für den Chemnitz Antrag, indem man hervorhob, daß gerade dieser Antrag durch seinen Nachsatz die Einführung einer obligatorischen Steuer für Zwecke der Productivgenossenschaften erleichtere. — In der Lehrlingsfrage wurden die Anträge aus Berlin und Breslau angenommen. — Zu Abschnitt IX. erklärte man sich für die Anträge aus Chemnitz und Osterland. Dagegen wurde beantragt, in dem Antrage des Verbands-Ausschusses die Worte: „wenn sechs Jahre, dann noch 1/2 Jahr lang“, zu streichen, da man 1/4 Jahr den Gehalt fortzusetzen für alle Fälle genügend fand. — Hierauf verlas man zu Punkt 4: Feststellung des Wahlergebnisses für den Delegirten zum vierten Buchdruckerstage. Hierbei waren 101 Stimmzettel eingegeben, wovon 46 Stimmen auf Herrn Gheibde, 30 auf Herrn Böge, 24 auf Herrn Reichert fielen. Eine absolute Majorität war somit nicht vorhanden und lehnten auch die beiden Ersteren entschieden eine etwaige Neuwahl zu Gunsten des Dritten ab. Zu Punkt 5 setzte man die Diäten für den Delegirten nach Dresden pro Tag auf 3 Thlr. fest. — Punkt 6 und 7, Jahresbericht und Rechnungsablage über die ergeb. Gaufranken- und Zwaifelskasse, ist bereits in diesem Blatte veröffentlicht worden. — Als Vorort des Gauverbandes wurde Chemnitz einstimmig wieder gewählt. Dahingegen wurde an Stelle des jetzigen Gauvorstehers, Herrn Böge, welcher definitiv erklärte, für's nächste Jahr von diesem Amte entbunden zu sein, Herr Robert Reichert gewählt und als dessen Stellvertreter Herr C. Kinde. Einer der Herren Delegirten stattete hierauf Herrn Böge noch besonders Dank ab für die umsichtige Leitung des Gauverbandes, welchen Festterer mit dem Wunsch erwiderte, daß auch unter dem neuen Vorstande das Erzgebirge als kräftiges Glied des ganzen Verbandes sich erweisen möge. Nachdem noch einige engere Gauverbandangelegenheiten ihre Erlebigung gefunden, schloß der Vorsteher die Jahresversammlung Nachmittags 1/5 Uhr. — In der hierauf am 30. Mai stattgefundenen Monatsversammlung des Chemnitz Ortsvereins wurde durch Neuwahl der Gauvorstand vervollständigt. Es wurden gewählt zum Gaukassirer Herr H. Ueberwasser, zum Vorsteher der Gaufranken- und Zwaifelskasse Herr G. Kippold, Stellvertreter C. Kinde, Kassirer Herr Ab. Hofmann, Stellvertreter Herr Schnitzlein, sowie zu Revisoren die Herren H. Heyl und Fr. Hähnel.

Chemnitz, 14. Juni. In der gestrigen außerordentlichen Versammlung des hiesigen Ortsvereins wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, der „Productivgenossenschaft Deutscher Buchdrucker“ ein Darlehen von 300 Thalern zu gewähren. Ferner wurde das Ergebnis der dritten Wahl für den Delegirten zum Buchdruckerstag bekannt gemacht; es ergab dasselbe von 102 gültigen Stimmen 53 für Herrn Maschinenmeister Rob. Reichert und 49 für Herrn Seher A. Hofmann, und war somit Ersterer gewählt. Noch sei hier erwähnt, daß in der vorigen Monatsversammlung der hiesige Ortsverein beschlossen hat, das Johannisfest diesmal durch eine Partie nach Waldbrunn am 28. Juni zu feiern.

** Cöln, 7. Juni. Die hiesigen Verbändler, welche bis jetzt trenn an den Bestrebungen, die Lage des Gehilfenstandes günstiger zu gestalten, festgehalten haben, theilweise unter bedeutenden Opfern, stehen traurigen Thatsachen gegenüber. Der Tarif und die Bestimmungen, deren Anerkennung und Beobachtung geeignet wäre, uns aus dem aufreibenden Zustande der Nachfragen in ein Verfassungsleben hinüber zu führen, erfreuen sich aus verschiedenen Gründen seitens der Principale keiner Zuneigung. Die Großherren, welche durch die Aussperrung den Verband zu vernichten gedachten, können sich neben der finanziellen Seite nicht dazu entschließen, eine Vereinbarung anzuerkennen, welche das Recht der Gehilfen, bei Feststellung des „Lohnes“ mitzuwirken, in sich schließt. Sie möchten vor wie nach auf dem der Eitelkeit zufriedenen und pecuniär vortheilhafteren Standpunkte verbleiben, „den veränderten Verhältnissen durch Gewährung einer Lohverbesserung gerecht zu werden“, im Uebrigen im Geschäft den absoluten Herrn und Gebieter abgeben, und es bei den Urtheilen der Gewerbegerichte, wo ihre Standesgenossen „unparteiisch“ Recht sprechen, bewenden lassen. Unsere Mittel- und Kleinherrn, deren einige, wenn sie auch in Betreff der Zahl der Lehrlinge eine entschiedene Liebhaberei besitzen, ziemlich nach dem Tarif bezahlen, können sich, mit ganz geringen Ausnahmen, auf den Tarif gar nicht

einlassen, bevor irgend eine Regelung der Preise den Kunden gegenüber Platz greift, indem sie Druckfachen zu Preisen anfertigen, welche von den Ausgaben gemäß Tarif fast vollständig in Anspruch genommen werden würden. Was die Gehilfenchaft anbelangt, so ist die Zahl des Verbandsvereins, Dank der Haltung der Collegen, durch die Macht der verbandsfreundlichen Principale und namentlich in letzter Zeit durch ungünstige Geschäftsverhältnisse der dem Verbande weniger abgeneigten Druckereien, sehr zusammengeschnitten, und die anderen Gehilfen wagen es, um kurz zu sein, nicht einmal, ihre Principale in einer Wittschrift um Einführung des Tarifs und Anerkennung der Bestimmungen über Einigungs- und Schiedsamt anzugehen. Sie freuen sich über die allmählich eingetretene Lohverbesserung, über die Beiträge einzelner Principale zu den Unterstützungskassen, erklären, daß das Fortbestehen des Verbandes in Cöln höchst wünschenswerth sei, und haben dabei kein Bedenken, die Stellen, welche die Tarifgehilfen zu Gunsten der Einführung des Tarifs aufgaben oder des Tarifs wegen aufgeben müssen, zu besetzen. Unter denen, welche das Fortbestehen des hiesigen Verbandes wünschen, giebt es sogar welche, die erstens die Lohverbesserungen freudig begrüßen, und dann noch ihr Profitieren darin suchen, daß sie bei den Gewaltthaten und ihren Überdeanuten sich für Verbandsstreser ausgeben. Man behauptet sogar, es gäbe Collegen, welche für Cöln durch die andernwärts infolge des Tarifs eintretende Erhöhung der Druckpreise eine Vermehrung der Arbeit hoffen. Es giebt nur einen ganz kleinen Theil, welcher sich erklärt, den direct und indirect beschlossenen Eintritt in den Factoren- und Gehilfenverein Concordia bis jetzt nicht zu befolgen. — Zu der fatalen Lage des Verbandes dahier kommt noch, daß die Wochenfeuere, namentlich des Viatiums wegen, hoch sind und deren Erhebung hier und da Schwierigkeiten macht. Das Viatium war übrigens beim besten Willen in der bisherigen Höhe nicht mehr beizubehalten, da in den letzten Wochen die Ausgabe dafür auf den Kopf über 4 Gr. betrug, und an eine nochmalige Erhöhung des Wochenbeitrags nicht gedacht werden durfte. — Trotz der anscheinenden Ausichtslosigkeit auf Erfolg und trotz des Ausschusses der Verbändler von den hiesigen größeren Verhältnissen hält ein Theil der hiesigen Collegen, welche die „Feuerprobe“ gelegentlich der Aussperrung bestanden, am Tarif und seinem Anhang, sowie am Vereinsrecht, welches Liberalismus und „liberaler“ Ultramontanismus auf die Vereine nach ihrem Geschmack beschränken wollen, fest. Wenn sie auch nicht hoffen können, daß in Bezug auf den Verband eine Aenderung eintritt, da einige Großherren zu verblissen sind und von den Collegen überhaupt kein Auftreten für das Vereinsrecht zu erwarten ist, so glauben sie doch, daß Principale und Gehilfen, die Einen ihren deutschen Collegen gegenüber und die Anderen aus finanziellen Gründen, Tarif und Anhang einführen werden.

Ah. Frankfurt a. M., 10. Juni. Dem officiellen Dementi in Nr. 44 gegenüber halte ich alles in Nr. 40 festgelegt aufrecht, nur berichtigend, daß die „vielsichtige Abstimmung“ Hr. L. einem Einzelnen gegenüber, immerhin in der Versammlung selbst, sich erlaubt und auch in Nr. 42 selbst zugestanden hat. Zum Euphemismus des Officiellen kam ich mich ebenfowenig bequem, als mich im Corr. der falschen Berichterstattung setzen zu lassen. Frn. Vammerdorf will ich bezüglich seiner 11 Fragen (Nr. 45) nur erklären, daß ich im Interesse uners Organs diese Gf offen lassen werde. Nur möchte ich zu Gunsten der von Hr. L. so oft citirten Klarheit ihm an's Herz legen, daß trotz der Zeit des Dampfes, in der wir leben, diese Geschwindigkeit, welche er in den ersten Zeiten bezüglich beider Daten entwidelte (s. Nr. 45: 3. Juni und Antwort auf meinen letzten Artikel vom 3. d. M.), von einem Andern noch nicht erreicht werden konnte und er somit Rabbi ben Akiba's weisen Spruch: „Alles schon dagewesen“, Lügen straft. Amen!

h Hannover, 4. Juni. Am 30. und 31. Mai fand in Braunschweig die diesjährige Hauptversammlung des Gauverbandes Hannover statt, und waren dazu als Vertreter der Kreisvereine von Braunschweig 2, Celle 1, Göttingen 2, Hannover 6 und Hildesheim 2 Delegirte erschienen, während leider aus nicht zu bezeichnenden Gründen der Kreisverein Lüneburg fehlte. Der Gauvorsteher Schröder eröffnete die Versammlung am 30. Mai 3 Uhr Abends und wurde sofort in die aus 9 Punkten bestehende Tagesordnung eingetreten. 1. Bericht des Vorstehenden: Herr Schröder erstattet den üblichen Jahresbericht. Derselbe führt aus, wie im Gegenjah zum Vorjahre das verfloßene Geschäftsjahr für den Gauverband eine Periode des Friedens gewesen, welche sich noch dadurch auszeichnet, daß zu Anfang des Jahres der mit vielen Opfern erkämpfte Normaltarif und jetzt als Abschluß des Ganzen die Einigungs- und Schiedsämter zur Einführung gelangten. Es sei dabei zu bedauern, daß auch im Bezirke des Gau's Hannover noch immer verschiedene Principale mit Anerkennung des Normaltarifs zögerten, selbst in größeren Städten, wie z. B.

Hildesheim, es stehe jedoch zu erwarten, daß mit dem Wegfall der Stempelsteuer auch in letzterer Stadt so wie in allen übrigen Städten des Gauverbandes sich die Principale der Nothwendigkeit eines einheitlichen Tarifs fügen würden. Im Allgemeinen trügen die flauen Geschäftsverhältnisse des letzten Jahres die Hauptschuld, daß der Normaltarif noch nicht überall durchgereicht. Auf die Productivgenossenschafts-Buchdrucker des Gau's übergehend, bemerkt der Vorstehende, wie trotz der schwierigen Lage bei Beginn der Druckerei die vor Kurzem veröffentlichte Bilanz doch die Lebensfähigkeit und das Gedeihen des Geschäfts documentire; aber es hätten größere Resultate erzielt werden können bei größerem Betriebskapital, und sei es daher Pflicht, daß ein jeder Delegirte in seinem Wirkungskreise für Zeichnung und Eingahlung zu der Genossenschaft strebe, damit das Geschäft immer mehr und mehr gedeihe und so zum Segen und Hort des Gauverbandes werde, wir könnten dann getrozt in die Zukunft schauen und es vielleicht noch Vielen von uns vergönnt sein, die Früchte unserer jetzigen Saet in vollstem Maße zu ernten. — Leider habe das auf letzter Gauversammlung beschlossene Statut einer neugegründeten Gaufranken-kasse die gewünschte Genehmigung nicht erhalten (es wird ein diesbezüglicher Bescheid der Landdrostei verlesen); der Bescheidemweig sei zu weitgeschweifig und daher die bekannte Einrichtung getroffen, daß die Statuten dem Gaufranken eingereicht und die Kasse als Unterstützungsfonds weitergeführt werde, und sei auch auf diese Weise der Zweck erreicht, den Verbandsmitgliedern eine Stütze zu schaffen. — Die bestimmte Eintheilung des Gau's in verschiedene Kreisvereine habe sich theilweise bewährt und sei namentlich in Bezug auf den Unterstützungsfonds von großer Wichtigkeit; besonders werde dadurch dem Gauvorstande bedeutend Arbeit erspart und es gleicher Zeit den betr. Kreisvorstandsvereinen viel leichter gemacht, den Zu- und Abgang in den benachbarten kleinen Städten zu controliren und die Mitglieder dem Verbands zu erhalten. — Von der im Januar ausgeschriebenen Amnestie haben nur Wenige Gebrauch gemacht, was namentlich in Bezug auf Braunschweig, welches seit dem 1. Januar d. J. zum Gau Hannover gehört, sehr zu bedauern, und müsse ein Theil der Schuld wol der nicht immer rege und diplomatisch genug betriebenen Agitation zur Last gelegt werden. — Die Thätigkeit in den einzelnen Kreis- und Ortsvereinen sei eine gute zu nennen, wenn auch der Besuch der Versammlungen manchmal zu wünschen übrig lasse. Nur von Lüneburg könne nichts berichtet werden, indem von dort aus fortwährend das größte Stillschweigen beobachtet werde, und bedürfe dieser Kreis der Anregung. Der Localverein Hannover hat im Laufe des Winters sein 25jähriges Stiftungsfest gefeiert. — Die Wahl des Delegirten zum Buchdruckerstag habe folgendes Resultat ergeben: von 293 abgegebenen Stimmzetteln erhielt der Gauvorsteher Schröder 203, Klapproth 180, Weber 66, de Freese 48, Böckel 33 u. s. w., demzufolge Schröder und Klapproth gewählt sind. — Die Mitgliederzahl des Gauverbandes betrug am 1. Mai 313, wovon 230 Seher, 24 Drucker, 54 Maschinenmeister, 3 Geher und 2 Principale. Es sind neu eingetreten 36, wieder eingetreten 7, wieder aufgenommen 4, zugereist 148, abgereist 149, ausgetreten 7, ausgeschloffen 18, gestorben 4. Damit schloß der Bericht und erfolgte nun die Abrechnung seitens des Kassirers Weber, welche ergab, daß die Gaufrankenkasse eine Einnahme von 675 Thlr. 4 Gr. 9 Pf. bei einer Ausgabe von 696 Thlr. 20 Gr. 4 Pf., mithin ein Deficit von 21 Thlr. 15 Gr. 7 Pf. aufzuweisen hat. Das Deficit ist dadurch entstanden, daß die Hälfte der seit dem 1. Januar e. vom Präsidium ausgeschriebenen Extrasteuer von 2 Gr. pro Woche aus der Gaufrankenkasse, von den Mitgliedern also nur 1 Gr. pro Woche bezahlt wurde, und auch dieser Großen ist erst seit dem 1. Februar erhoben. Der seit dem 1. Juli vor. Jahres bestehende Gau-Unterstützungsfonds ist im erfreulichen Geleihen begriffen; derselbe hatte eine Einnahme von 2519,60 Mark, eine Ausgabe von 1387,75 Mark und schließt am 1. April d. J. mit einem Kasseebestand von 1131,75 Mark ab. Der Kassirer knüpft hieran einige Worte des Dankes an die Kreisassirer wegen der pünktlichen Einsendung der Gelder. Es werden sodann die beiden Delegirten Braunschweigs zur Prüfung der Rechnung erwählt und hierauf zum III. Punkt der Tagesordnung: Wiederaufrichtung der Extrasteuer, geschritten. Der Kassirer weist darauf hin, wie die Kasse jetzt vollständig erschöpft sei und deshalb sowohl, als auch um den Bestimmungen des Verbandsstatuts nachzukommen, eine Radicalcur vorgenommen werden müsse. Derselbe stellt im Auftrage des Vorstandes den Antrag: „1) die pro Mitglied und Woche vom 1. Juni zu erhebende Extrasteuer auf 1 1/2 Gr. zu erhöhen; 2) 200 Thlr. aus dem Unterstützungsfonds auf die Gaufranken zu übertragen.“ Entgegen verschiebener im Laufe einer längeren Debatte gestellter Anträge wurde der Antrag des Vorstandes angenommen, weil die Gaufranken in nächster Zeit große Ausgaben zu erwarten hat und es ungewöhnlich erschein,

eine größere Extrasteuer von den Mitgliedern zu erheben. — IV. Verwaltungsangelegenheiten. Es wurde beschlossen: 1) daß in Zukunft alle Bekanntmachungen des Gauvorstandes den Kreis-, resp. Ortsvereine nur durch den „Corr.“ zur Kenntniß gebracht werden sollen und die Kreisvorsitzer verpflichtet sind, diese Bekanntmachungen auszusprechen und in einem besondern Buche aufzubewahren. 2) In Betreff der Ertrag der Porti u. s. w. seitens der Kreis- und Ortsvereine wurde beschlossen, daß es bis zur Statutenrevision bei der bisherigen Einrichtung sein bleiben sollen. 3) Laut Bericht aus Celle wurde dortselbst von zureisenden Verbandsmitgliedern ein Einschreibegeld zum Localverein erhoben; die Versammlung spricht die Unzulässigkeit dieses Verfahrens aus und bestimmt dessen Abschaffung. — V. Remuneration des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1873/74. Der vom Vorstände beantragte Betrag von 20 Thlr. wurde bewilligt. — VI. Festsetzung der Diäten für die Delegirten zum Buchdruckertag. Dieser Punkt rief eine längere Debatte hervor, in welcher Anträge über die Höhe der Diäten in den verschiedensten Abstufungen eingingen. Es wurde beschlossen, die jedem der beiden Delegirten zum vierten Buchdruckertag während der Dauer desselben zu gewährenden Diäten auf 4 Thlr. pro Tag festzusetzen und einen Tag zur Hin- und einen Tag zur Herreise zu berechnen. Mit diesem Punkte wurden die Verhandlungen 12^{1/2} Uhr Nachts abgebrochen.

—r. München, im Juni. (Gautagsbericht.) Der diesjährige Gautag fand gemäß Beschlußfassung vom vorigen Jahre an den beiden Pfingstfesttagen in Regensburg, Ettl'sche Gastwirthschaft, statt. Hierzu hatten sich außer dem Gauvorsitzer, Herrn Kiefer, und dem Kassirer der Altbayerischen Gauverbandes-Krankenkasse, Herrn Stauff, folgende Delegirte eingefunden: die Herren Ernst Schuster und Rottmanner für München, Kändler für Landshut, Gerl und Fürst für Regensburg und Etmann für Passau. Zugelassen hatte keinen Vertreter geschickt. Die Verhandlungen eröffnete am 24. Mai Vormittags 11 Uhr Gauvorsitzer Kiefer, indem er zuerst die Delegirten begrüßte und sodann Herrn Ernst ersuchte, das Protokoll des letzten Gautages zu verlesen, gegen welches eine Erinnerung nicht erhoben wurde. — Hierauf ging man zur Tagesordnung über. I. Bericht über den Stand des Gauwes im abgelaufenen Jahre, erstattet von Herrn Kiefer: In München hat sich die Lage wenig verändert. Die vom Verbands erlassene Amnestie wurde nur von wenigen Kollegen benützt, weitaus die Meisten der dem Verbands untreuen Gemordenen sind durch die neugegründete sog. Principalkasse an dem Wiedereintritt in den Verband gehindert. Wegen Kurzsichtigkeit sind im letzten Halbjahre auch einige Mitglieder ausgetreten, wobei im Allgemeinen noch bemerkt werden muß, daß Viele der Abgefallenen von ihren Principalen bezwungen belohnt wurden, so daß sie ihre jetzige günstige Stellung dem Verbands zu verdanken haben. Die Schürich'sche Officin ist noch immer geschlossen und gestattete der laue Geschäftsengang eine Intervention noch nicht. — In Rosenheim hat sich vor etwa einem halben Jahre ein Ortsverein gebildet, der indessen vor einem Vierteljahre durch eine nicht geschickt unternommene Preisbewegung wieder zu Grunde ging, was dem Verbands einen Kostenaufwand von 40 Thalern verursachte. Bis jetzt konnte sich ein neuer Ortsverein noch nicht bilden. Auch der dortige Principal bezahlt für jeden Gehilfen in die Münchener Kasse für Nichtverbandsmitglieder pro Woche 1 Gr., was die Schwachen zum Fernbleiben vom Verbands veranlaßt. — Unverändert sind die Verhältnisse in Straubing und Passau, an welchen Orten die geschlossenen Druckereien noch nicht wieder geöffnet werden konnten. Auch Regensburg hat noch die alte Physiognomie, nur hat sich zufolge der Amnestie die Mitgliederzahl etwas vermehrt. — Freising steht seit der Aussperrung dem Verbands fern. — Das Grenzschiffskap von Landshut gemeldet werden. Nicht nur, daß in beiden Druckereien der vollständige Normaltarif bezahlt wird, sondern es conditioniren dortselbst auch nur Verbandsmitglieder. — Die Zahl der Einläufe belief sich im abgelaufenen Verwaltungsjahre auf 97, die der Ausläufe auf 98. — Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 190—200. — Die ungünstigen Kassenverhältnisse gestatteten eine Agitation zur Einführung des Normaltarifs in den Provinzen nicht, außerdem seien auch noch das Einigungsamt und die Schiedsgerichte entstanden, in welche in München nur Verbandsmitglieder gewählt wurden. — Im Allgemeinen kann übrigens die Lage des Gauwes als eine gute bezeichnet werden.

II. Rechnungsbuchbericht über die Gaukasse, von Herrn Schuster erstattet. Die Einnahmen beliefen sich auf 947 fl. 2 kr., die Ausgaben auf 741 fl. 3/2 kr., Activo-Rest 141 fl. Zu Revisoren wurden die Herren Gerl und Etmann gewählt.

III. Kassenbericht des Gauverbandes-Krankenkassenkassirers, Herrn Stauff. Activo-Rest vom Vorjahre 782 fl. 13 kr. Einnahmen 675 fl. 20 kr., Ausgaben

946 fl. 18 kr., Vermögen 329 fl. 46 kr. Die Revision besorgen die Herren Kändler und Rottmanner.

IV. Abänderungen der Statuten der Krankenkasse. Herr Stauff schied hier voraus, daß die Kasse im letzten Jahre eine sehr große Einbuße erlitten habe, theils durch einen langandauernden ungewöhnlich hohen Krankenstand, theils durch den Austritt vieler Mitglieder. Außerdem stelle sich die Nothwendigkeit einer Statutenrevision aus triftigen Gründen heraus. Die Kasse leiste mehr, als sie vermag. Die Herren Kiefer und Rottmanner setzen auseinander, daß in der bisherigen Weise nicht fortgewirtschaftet werden dürfe, soll die Kasse nicht zu Grunde gehen. Man habe auf dem letzten Gautage, verlockt durch den günstigen Kassenstand und der neuen Kasse für Nichtverbandsmitglieder ein Paroli zu bieten, den Krankengeldbezug erhöht, die Beiträge aber nicht, was ein Fehler gewesen sei, der die jetzige Calamität mit verursacht habe. Es müsse deshalb unbedingt der Beitrag auf 8 Kreuzer erhöht werden. Mehr zu verlangen sei nicht rathlich, eben so wenig darf eine Minderung des Bezugs eintreten. Unbedingt nothwendig aber sei die Herabsetzung der Bezugszeit von einem halben Jahre (was von Herrn Stauff durch Belege erhärtet wird). Die präcise Erklärung des Begriffes „Freizügigkeit und Gegenseitigkeit“ soll dem nächsten Buchdruckertage überlassen werden. Bemerkte müsse indessen werden, daß die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse Münchens sehr viel zur Schädigung der Kasse beitragen, indem eine unerschwinglich große Anzahl von Kranken München liefert. Rottmanner als Referent beantragt nunmehr, unter Befassung des bisherigen Bezugs, den Beitrag auf 8 Kreuzer für die Dauer eines Jahres festzusetzen und die Bezugszeit auf ein halbes Jahr zu reduciren. In Anbetracht der ungünstigen klimatischen Verhältnisse Münchens möchten die Münchener einen Localzuschlag bezahlen. Ueber den letztern Punkt entspinnt sich eine Debatte, in welcher sich einige Delegirte gegen eine Mehrleistung Münchens aussprechen, während Andere proponiren, München solle ein allenfalls entstehendes Deficit decken. In letzterem Sinne entscheiden denn auch die Delegirten. Gegenüber dem Antrage des Herrn Stauff auf 9 kr. Beitrag wird die Erhöhung auf 8 Kreuzer beschlossen und die Bezugszeit auf ein halbes Jahr festgesetzt. Diese Bestimmungen treten vom 1. Juni an in Kraft und wird der Gauvorstand mit der Redaction dieser Abänderungen beauftragt. Zu bemerken ist noch, daß auch noch ein Antrag des Herrn Stauff angenommen wurde, dahin gehend: Kranke, welche während eines Jahres mehr als einmal von der Luftpuche befallen werden, erhalten in diesem Falle keine Unterstützung. Der Antragsteller begründete diesen Antrag durch Beispiele aus seiner Praxis.

Mittlerweile war es Mittag geworden und es vereinigte sich die Delegirten und andere Kollegen zu einem gemüthlichen Mittagssmah.

Nachmittags 1/2 4 Uhr wurden die Verhandlungen wieder fortgesetzt.

V. Verathung über die Vorlagen für den Buchdruckertag. Referent Herr Kiefer. Auf den letzten Delegirtenversammlungen sei als ein dringendes Bedürfnis die Reorganisation des Verbandes anerkannt worden. Insbesondere habe man die Abhaltung von Buchdruckertagen als nicht zweckmäßig, weil nicht ausreichend, gefunden. Auch das Verbandspräsidium habe sich in diesem Sinne ausgesprochen. Man konnte deshalb wol mit Recht erwarten, daß die Vorlagen zum Buchdruckertage eine radicale Aenderung der Reorganisation verlangen würden; aber wie groß sei sein (des Ref.) Erstaunen gewesen beim Durchlesen dieser Vorlagen. Von einer gründlichen Reorganisation sei keine Spur zu finden, sondern nur Flickwerk. Die vorgeschlagenen Aenderungen seien nicht des Discutirens werth, wenn nicht durchgreifende Aenderungen vorgenommen würden. Die vorgeschlagene Reducirung der Gauverbände auf 20 sei ebenfalls nur halbe Reform. Außerdem aber werde den Gauvorsitzern eine solche Arbeitslast aufgebürdet, die zu tragen Niemand im Stande sei, selbst bei dem besten Willen. Es werde sich kein College finden, der seine vollständige freie Zeit diesem Amte ohne Entschädigung widme. Redner verweist, unter Hinweis auf Dr. Brentano's größeres Werk: „Die Arbeitergilden der Gegenwart“, auf das Beispiel der englischen Arbeiter, die in ihrer wohlgegliederten, trefflichen Organisation jedem Sturme trotzen können. Herr Rottmanner macht das Eingehen in die Discussion über die Vorlagen zum Buchdruckertage von der Frage abhängig, ob Buchdruckertag oder Delegirtenversammlung? So lange dies nicht principiell entschieden, könne man sich mit der Abänderung der Statuten nicht beschäftigen. Wenn man die Thätigkeit, bezieh. den Erfolg der Buchdruckertage und der Delegirtenversammlungen mit einander vergleiche, so falle das Ergebniß unbedingt zu Gunsten der Delegirtenversammlungen aus, die sich bereits zweimal erprobt, während dies, wenigstens nach den praktischen Resultaten zu rechnen, von den Buchdruckertagen nicht gesagt werden könne. Außerdem falle auch die finanzielle Seite in's Gewicht. Die Buchdrucker-

tage, in ihrer Zusammensetzung etwas complicirter Natur und zudem sehr kostspielig, haben bis jetzt, mit Ausnahme der Schaffung der Verbandsstatuten, wenig Praktisches zu Tage gefördert. Es sei dies auch nicht anders möglich, da nach demokratischen Grundfögen jedem Delegirten freie Meinungsäußerung zugelassen werden müsse, wozu drei Tage nicht hinreichen. Redner kann sich eine fernere gedeihliche Wirksamkeit des Verbandes nur dann versprechen, wenn statt der Buchdruckertage Delegirtenversammlungen stattfinden, deren Beschlüsse einer Urabstimmung zu unterwerfen sind, und wenn künftig der Verband, analog dem Principalverein, in 12 Kreise eingetheilt und eine Kasse für Conditionslose errichtet werde u. s. w. Er pflichte den Ausführungen Kiefer's vollkommen bei. Herr Fürst-Regensburg erklärt sich mit dem Gesagten einverstanden. Herr Ernst bezweifelt, daß der nächste Buchdruckertag geeignet sei, ein neues Statut zu schaffen. Dieser werde vielmehr höchst wahrscheinlich eine Commission ad hoc niederlegen. Wenn man die Vorlagen zum Buchdruckertag und die diesem gewährte Zeit betrachte, so muß man zu der Ansicht gelangen, daß es dem Buchdruckertag gar nicht möglich ist, sich mit so weittragenden Plänen im Detail zu beschäftigen. Die Beschlüsse betreffs der Organisation könnten deshalb nur principiell gefaßt und die Ausführung der betreffenden Commission übertragen werden. Auf die Frage des Herrn Kiefer, ob Herr Ernst überhaupt die Vorlagen im Ganzen negiren will oder nicht, antwortet dieser, der Buchdruckertag solle außer der Organisationsfrage alle anderen Fragen erledigen. (Hier möge die Bemerkung Platz finden, daß der altbayerische Gautag von der Absicht sich leiten ließ, der Buchdruckertag möge sich über diese Frage principiell aussprechen, zur Ausführung aber Commissionen ad hoc niederlegen.) Auf Aufforderung des Herrn Gerl-Regensburg bringt Rottmanner folgende Resolution ein: „Der 6. Altbayerische Gautag erklärt, mit den vorgeschlagenen Aenderungen des Verbandsstatuts nicht einverstanden sein zu können. Er hält dafür, daß die Abhaltung von Buchdruckertagen beseitigt werde und an deren Stelle Delegirtenversammlungen stattzufinden haben, deren Beschlüsse der Urabstimmung zu unterwerfen sind. — Der Altbayerische Gautag hält ferner dafür, daß die Organisation des Verbandes in der Weise geändert werde, daß in Zukunft, analog der Eintheilung des Principalvereins, der Verband in 12 Kreise getheilt werde, an deren Spitze aus der Verbandskasse besoldete Beamte gestellt werden. — Als einen wesentlichen Factor zur Hebung des Verbandes erachtet der Altbayerische Gauverband die Abschaffung des Viaticums in der bisherigen Weise zu Gunsten der Errichtung einer Kasse für Conditionslose, nach dem Muster der englischen Generalkasse. Der Altbayerische Gauverband erklärt, die im Interesse der Durchführung obiger Vorschläge nothwendigen Mittel mit beizuschaffen. — Der 6. Altbayerische Gautag beschließt, den Delegirten zum Buchdruckertage in diesem Sinne zu instruiren.“ In der Discussion über diese Resolution fragt Herr Gerl an, in welcher Weise die Kasse für Conditionslose in's Leben treten solle, was Herr Kiefer dahin beantwortet, daß diese Kasse die Mitglieder möglichst im Falle der Conditionslosigkeit schützen und sie dadurch an den Verband fesseln solle. An jüngere Kollegen, welche nicht an einen Ort gebunden sind, soll ein mäßiges Reisegeld abgegeben werden, während Vereinerathete wenigstens so viel erhalten sollen, um des Lebens Nothdurft zu bestreiten. Hauptaufgabe müsse es aber sein, den Arbeitsmarkt in unsere Hände zu bekommen, wie es in England schon längst der Fall sei. Die übrigen Redner gerietzen seltener Weise in das Gebiet der Invalidentassen, welcher Verirrung durch Verweisung auf die Geschäftsordnung ein Ende gemacht und zur Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution geschritten wurde, deren Annahme einstimmig erfolgte. Vor Schluß der Sitzung brückte Herr Zwengauer noch den Wunsch aus, es möchte der Delegirte zum Buchdruckertag dahin wirken, daß die Verhandlungen des Buchdruckertages, wie bisher, einzeln an die Mitglieder vertheilt werden. Hierauf wurde die Sitzung auf den kommenden Vormittag vertagt.

Eine gemüthliche Abendunterhaltung, gewürzt durch musikalische Vorträge und Coste auf den Verband und die Delegirten, welche letztere hingegen ehrend der Regensburg'schen Kollegen gedachten, hielt die Kollegen bis Mitternacht beisammen.

Montag, den 24. Mai, Vormittags, wurden die Verhandlungen wieder begonnen und zu Ende geführt.

VI. Errichtung einer Central-Invalidentenkasse. Hierüber hatte Herr Ernst das Referat übernommen, dessen Hauptgrundzüge wir folgen lassen. Der Statutenentwurf für die Invalidentenkasse lasse uns schwer erkennen, daß diese Kasse nur ein Agitationsmittel für den Verband sein solle, was nicht zu gutgeheßen ist. Eine Central-Invalidentenkasse muß auf vollständig rechnerischer Basis beruhen; das sei bei